

Beck'sche Gesetzestexte mit Erläuterungen

# Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: AGG

Arbeitsrechtlicher Kommentar

von

Dr. Gernod Meinel, Judith Heyn, Dr. Sascha Herms

2. Auflage

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: AGG – Meinel / Heyn / Herms

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Praxisliteratur](#)



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 60921 3

# beck-shop.de

Meinel/Heyn/Herms

---

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

**beck-shop.de**

# beck-shop.de

## Allgemeines Gleichbehandlungs- gesetz

Arbeitsrechtlicher Kommentar

von

DR. GERNOD MEINEL

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Berlin

JUDITH HEYN

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, Berlin

DR. SASCHA HERMS

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Berlin

2. Auflage



Verlag C. H. Beck München 2010

# beck-shop.de

Verlag C. H. Beck im Internet:  
**beck.de**

ISBN 978340660921-3

© 2010 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Satz: jürgen ullrich typosatz, Nördlingen

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Am 1. Dezember 2009 sind mit dem Vertrag von Lissabon der neue Vertrag über die Europäische Union (EUV) und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) in Kraft getreten. In Art. 6 Abs. 1 EUV erkennt die Union die Rechte, Freiheiten und Grundsätze der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) ausdrücklich an und erhebt diese in den Rang des primären Unionsrechts. Der Vertrag von Lissabon bewirkt damit eine richtungsweisende Stärkung des Schutzes von Beschäftigten vor Benachteiligungen. Art. 21 Abs. 1 GRCh enthält ein nahezu umfassendes Diskriminierungsverbot. Art. 23 GRCh betont die Gleichheit von Männern und Frauen in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Arbeitsentgelts.

Mit der ausdrücklichen Verankerung des Schutzes vor Diskriminierungen im primären Unionsrecht in Verbindung mit der neuesten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (v. 19. 1. 2010, NZA 2010, 85 ff. – *Kücükdeveci*) werden dem Rechtsanwender klare Vorgaben gemacht. Viele umstrittene Fragen, insbesondere zu den Grenzen einer richtlinienkonformen Auslegung des nationalen Rechts, werden dadurch beantwortet. Allein diese Veränderungen machen eine Neuauflage des Kommentars erforderlich.

Die Rechtsprechung – insbesondere des Bundesarbeitsgerichts – hat seit der ersten Auflage zu einer Vielzahl zentraler Fragen des AGG Stellung genommen. Dies betrifft etwa Fragen der Diskriminierung wegen des Alters, denen in der Praxis eine besondere Bedeutung zukommt, aber auch die Ausformung der Beweislastregeln und des Entschädigungsanspruchs. Auch dies bedingt eine Neuauflage des Kommentars. Mit der Neuauflage wenden wir uns gezielt an den arbeitsrechtlich interessierten Leser. Von einer Kommentierung der zivilrechtlichen Vorschriften haben wir abgesehen. Der Kommentar legt konsequent die durch den Vertrag von Lissabon geschaffene Rechtslage und die Terminologie der aktuellen Rechtsprechung des EuGH zugrunde. Entsprechend wird das Europarecht als „Unionsrecht“ bezeichnet, die europarechtskonforme Auslegung als „unionsrechtskonforme Auslegung“.

Die Neuauflage bringt den Kommentar auf den Stand Juli 2010.

Besonderen Dank schulden wir unseren Kolleginnen *Dr. Vanessa Reimann* und *Dr. Verena Steenfatt* sowie unserem Kollegen *Manuel Milde*, die uns bei der Erstellung des Manuskripts tatkräftig unterstützt haben. Besonderen Dank schulden wir auch unseren Assistentinnen *Susan Kuhse*, *Rosita Kleindienst* und *Madlen Franke*, die alle Schreibarbeiten in

## **Vorwort**

# **beck-shop.de**

gewohnt hoher Qualität und mit äußerster Zuverlässigkeit erledigt haben.

Schließlich bedanken wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen unserer Sozietät RAUE LLP, die uns für Diskussionen zur Verfügung standen und zahlreiche Anregungen gegeben haben.

Berlin, im Juli 2010

*Gernod Meinel  
Judith Heyn  
Sascha Herms*

## Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Gesetzestext .....	1

### Einleitung

1. Die europäischen Richtlinien .....	17
2. Unionsrechtlicher Diskriminierungsschutz und nationales Recht .....	18
a) Primärrechtlicher Diskriminierungsschutz .....	18
b) Sekundärrechtlicher Diskriminierungsschutz .....	20
c) Anwendungsbereich des Unionsrechts .....	20
d) Folgen für die Anwendung nationalen Rechts .....	22
aa) Unionsrechtskonforme Auslegung .....	22
bb) Nichtanwendbarkeit entgegenstehenden nationalen Rechts .....	23
cc) Praktische Umsetzung .....	24
e) Vorlagepflicht – Art. 267 AEUV .....	25
f) EuGH und BVerfG .....	27
g) Ergebnis .....	28
3. Fälle mit Auslandsberührung .....	28
a) Anwendbarkeit des AGG .....	28
aa) Arbeitsrecht .....	29
bb) Zivilrecht .....	31
b) Gerichtsstand .....	32

### Erläuterungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

#### Abschnitt 1. Allgemeiner Teil

<b>§ 1 Ziel des Gesetzes</b>	
1. Überblick .....	33
2. Funktion und Anwendungsbereich der Vorschrift .....	34
a) Funktion .....	34
b) Anwendungsbereich .....	34
3. Die einzelnen Benachteiligungsmerkmale .....	35
a) Aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft .....	35
aa) „Aus den Gründen der Rasse“ .....	35
bb) Ethnische Herkunft .....	36
b) Wegen des Geschlechts .....	38
c) Wegen der Religion oder Weltanschauung .....	38
aa) Religion .....	38
bb) Weltanschauung .....	39
d) Wegen einer Behinderung .....	40
e) Wegen des Alters .....	42
f) Wegen der sexuellen Identität .....	42



**§ 2 Anwendungsbereich**

1. Überblick .....	46
2. Die einzelnen Benachteiligungsverbote (Abs. 1) .....	46
a) Zugangsbedingungen zu unselbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit (Nr. 1) .....	46
aa) Begriff der unselbstständigen Erwerbstätigkeit .....	47
bb) Begriff der selbstständigen Erwerbstätigkeit .....	48
cc) Begriff des beruflichen Aufstiegs .....	48
dd) Zugangsbedingungen zu unselbstständiger Erwerbstätigkeit .....	49
ee) Zugangsbedingungen zu selbstständiger Erwerbstätigkeit ...	50
ff) Bedingungen für den Zugang zum beruflichen Aufstieg ....	50
b) Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen (Nr. 2) .....	51
aa) Begriff der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen .....	51
bb) Arbeitsentgelt .....	52
cc) Entlassungsbedingungen .....	53
dd) Individual- und kollektivrechtliche Vereinbarungen .....	54
ee) Maßnahmen des Arbeitgebers .....	54
c) Zugang zur Berufsberatung und Berufsbildung (Nr. 3) .....	55
aa) Begriff der Berufsberatung .....	55
bb) Begriff der Berufsbildung .....	55
cc) Begriff der Berufsausbildung .....	55
dd) Berufliche Weiterbildung .....	56
ee) Umschulung .....	56
ff) Praktische Berufserfahrung .....	56
d) Mitgliedschaft und Mitwirkung in einer Berufsvereinigung (Nr. 4) .....	56
e) Sozialschutz (Nr. 5) .....	57
f) Soziale Vergünstigungen (Nr. 6) .....	58
g) Bildung (Nr. 7) .....	59
h) Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (Nr. 8) .....	59
aa) Begriff der Dienstleistung .....	59
bb) Begriff der Güter .....	60
cc) Tatbestandseinengung .....	60
dd) Geschäfte über Wohnraum .....	60
3. Das Verhältnis des AGG zu Leistungen nach dem SGB (Abs. 2) ..	61
4. Das Verhältnis des AGG zu sonstigen Benachteiligungsverboten (Abs. 3) .....	63
5. Das Verhältnis des AGG zu den Kündigungsschutzvorschriften (Abs. 4) .....	63
a) Überblick .....	63
b) Kündigungsschutzvorschriften .....	64
c) Bereichsausnahme zum Kündigungsschutzgesetz .....	64
d) Praktische Auswirkungen .....	69

**§ 3 Begriffsbestimmungen**

1. Überblick .....	71
2. Unmittelbare Benachteiligung (Abs. 1) .....	72
a) Begriff der unmittelbaren Benachteiligung (Satz 1) .....	72

	Seite
aa) Merkmal nach § 1 .....	72
bb) Nachteil .....	72
cc) Vergleichsbetrachtung .....	73
dd) Kausalitätserfordernis .....	74
ee) Kein Verschuldenserfordernis .....	74
ff) Benachteiligung durch Unterlassen .....	75
gg) Verdeckte Benachteiligung .....	75
b) Unmittelbare Benachteiligung wegen des Geschlechts (Satz 2) .....	75
3. Mittelbare Benachteiligung (Abs. 2) .....	76
a) Systematik .....	76
b) Neutrale Regelungen .....	77
c) Benachteiligung .....	77
d) Erfordernis einer Vergleichsbetrachtung .....	77
e) Erheblichkeit der Benachteiligung .....	80
f) Fehlende Rechtfertigung .....	80
g) Darlegungs- und Beweislast .....	83
h) Kein Verschuldenserfordernis .....	83
i) Beispiele mittelbarer Diskriminierung .....	84
4. Belästigung (Abs. 3) .....	84
a) Allgemeines .....	84
b) Unerwünschte Verhaltensweise .....	85
c) „Feindliches Umfeld“ .....	86
d) Begriff des Zusammenhangs .....	87
e) Beispiele .....	87
5. Sexuelle Belästigung (Abs. 4) .....	88
a) Allgemeines .....	88
b) Begriff der sexuellen Belästigung .....	88
c) Gesetzliche Regelfälle .....	89
d) Zusammenhang zum Beschäftigungsverhältnis .....	91
e) Beispiele .....	91
6. Anweisung zur Benachteiligung (Abs. 5) .....	92
a) Grundsätze .....	92
b) Zurechnung für den Arbeitgeber .....	93
c) Anweisung durch Normvollzug .....	93
<b>§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe</b>	
1. Überblick .....	96
2. Regelungsgehalt .....	96
<b>§ 5 Positive Maßnahmen</b>	
1. Überblick .....	98
a) Allgemeines .....	98
b) Unionsrechtliche Zulässigkeit .....	99
c) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	99
2. Positive Maßnahmen .....	100
a) Bestehende Nachteile .....	100
b) Maßnahme .....	100
c) Verhältnismäßigkeit .....	101
aa) Geeignetheit .....	101

	Seite
bb) Erforderlichkeit .....	101
cc) Angemessenheit .....	101
d) Beispiele .....	102

## Abschnitt 2. Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung

### Unterabschnitt 1. Verbot der Benachteiligung

<b>§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich</b>	
1. Allgemeines .....	104
2. Begriff der Beschäftigten (Abs.1) .....	104
a) Arbeitnehmer (Satz 1 Nr. 1) .....	104
b) Zur Berufsbildung Beschäftigte (Satz 1 Nr. 2) .....	105
c) Arbeitnehmerähnliche Personen (Satz 1 Nr. 3) .....	106
aa) In Heimarbeit Beschäftigte .....	106
bb) Heimarbeitern Gleichgestellte .....	107
d) Bewerber und ehemals Beschäftigte (Satz 2) .....	108
3. Begriff des Arbeitgebers im Sinn des AGG (Abs. 2) .....	108
a) Begriffsdefinition des Arbeitgebers (Satz 1) .....	108
b) Arbeitgebererschaft im Rahmen der Arbeitnehmerüberlasung (Satz 2) .....	109
c) Arbeitgebererschaft im Rahmen von Heimarbeitsverhältnissen (Satz 3) .....	109
4. Anwendbarkeit des AGG auf Erwerbstätige, denen die Beschäftigteneigenschaft fehlt (Abs. 3) .....	109
a) Selbstständige .....	110
b) Organmitglieder .....	110
aa) Organmitglieder juristischer Personen .....	110
bb) Geschäftsführer von Personengesellschaften .....	112
<b>§ 7 Benachteiligungsverbot</b>	
1. Überblick .....	113
a) Allgemeines .....	113
b) Unionsrechtliche Vorgaben .....	113
c) Verhältnis zu anderen Vorschriften des Gesetzes .....	113
d) Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	114
e) Anwendungsbereich .....	115
2. Benachteiligungsverbot (Abs. 1) .....	115
a) Geschützter Personenkreis .....	115
b) Adressat .....	115
c) Benachteiligung nach § 1 .....	115
d) Kausalität .....	116
e) Subjektive Annahme der Benachteiligung .....	116
f) Beweislast .....	116
g) Einzelfälle .....	116
h) Beteiligungsrechte des Betriebsrates .....	119
3. Unwirksamkeit von Vereinbarungen (Abs. 2) .....	119
a) Allgemeines .....	119
b) Vereinbarungen .....	119
c) Unwirksamkeit/Rechtsfolgen .....	120

	Seite
aa) Tarifverträge .....	120
bb) Betriebsvereinbarungen .....	127
cc) Individualvereinbarungen .....	129
4. Vertragspflichtverletzungen (Abs. 3) .....	130
a) Allgemeines .....	130
b) Pflichtverletzung des Arbeitgebers .....	130
c) Pflichtverletzung des Arbeitnehmers .....	130
<b>§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen</b>	
1. Überblick .....	132
a) Allgemeines .....	132
b) Unionsrechtliche Vorgaben .....	132
c) Verhältnis zu anderen Vorschriften des Gesetzes .....	132
2. Rechtfertigungsgründe (Abs. 1) .....	132
a) Allgemeines .....	132
b) Unterschiedliche Behandlung .....	132
c) Berufliche Anforderung .....	132
d) Verfolgung rechtmäßiger Zwecke .....	134
e) Angemessenheit .....	134
f) Konkretisierung der Tatbestandsmerkmale .....	135
3. Beispiele .....	137
a) „Rasse“ und ethnische Herkunft .....	137
aa) Zulässige Differenzierungen .....	138
bb) Unzulässige Differenzierungen .....	139
b) Geschlecht .....	140
aa) Zulässige Differenzierungen .....	140
bb) Unzulässige Differenzierungen .....	142
c) Religion und Weltanschauung .....	142
aa) Zulässige Differenzierungen .....	143
bb) Unzulässige Differenzierungen .....	144
d) Behinderung .....	146
aa) Zulässige Differenzierungen .....	146
bb) Unzulässige Differenzierungen .....	147
e) Alter .....	147
f) Sexuelle Identität .....	147
4. Entgeltgleichheit (Abs. 2) .....	148
a) Gleiche Arbeit .....	148
b) Vereinbarung .....	148
c) Vergütung .....	149
d) Besondere Schutzvorschriften .....	149
<b>§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung</b>	
1. Überblick .....	150
a) Verfassungs- und unionsrechtlicher Hintergrund .....	150
b) Regelungsgegenstand .....	151
2. Anwendungsbereich .....	151
a) Religionsgemeinschaften .....	151

	Seite
b) Zugeordnete Einrichtungen .....	152
c) Vereinigungen zur gemeinschaftlichen Pflege einer Religion ...	153
d) Vereinigungen zur gemeinschaftlichen Pflege einer Weltanschauung .....	153
3. Berufliche Anforderungen .....	154
a) Art der Tätigkeit und Selbstbestimmungsrecht .....	154
b) Schranken .....	155
4. Loyalitätsanforderungen .....	156
<b>§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters</b>	
1. Überblick .....	160
a) Allgemeines .....	160
b) Gesetzgeberisches Ziel .....	161
c) Unionsrechtliche Vorgaben .....	161
d) Verhältnis zu anderen Vorschriften des Gesetzes .....	162
e) Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	163
aa) Verhältnis zum Kündigungsschutz .....	163
bb) Betriebsrentengesetz, BetrAVG .....	163
cc) Sonstige Vorschriften .....	164
f) Anwendungsbereich .....	164
g) Abdingbarkeit .....	165
2. Generalklausel, § 10 S. 1 und 2 AGG .....	165
a) Verhältnis der Generalklausel zu den gesetzlichen Beispielen ...	165
b) Alter .....	165
c) Unterschiedliche Behandlung .....	165
d) Zulässigkeit .....	166
aa) „Objektive“ und „Angemessene“ unterschiedliche Behandlung .....	166
bb) Rechtfertigung durch „legitimes Ziel“ .....	166
cc) Zielerreichung durch „angemessenes und erforderliches Mittel“, § 10 S. 2 AGG .....	169
3. Besondere Zugangs- und Beschäftigungsbedingungen, § 10 S. 3 Nr. 1 AGG .....	169
a) Allgemeines .....	169
b) Begriffsbestimmungen .....	170
c) Besondere Bedingungen für den Zugang zur Beschäftigung und zur beruflichen Bildung .....	171
aa) Befristung nach § 14 Abs. 3 TzBfG .....	171
bb) Sonstiges .....	173
d) Besondere Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, einschließlich Beendigung .....	173
aa) Kündigungsfristen .....	173
bb) Sozialauswahl .....	174
cc) Unkündbarkeit .....	176
dd) Abfindung nach § 10 KSchG .....	178
ee) Altersteilzeit .....	178
4. Mindestanforderungen für den Zugang zur Beschäftigung oder mit der Beschäftigung verbundene Vorteile, § 10 S. 3 Nr. 2 AGG .....	179
a) Allgemeines .....	179

	Seite
b) Begriffsbestimmungen .....	180
c) Mindestanforderungen an das Alter .....	180
aa) Vorteile zum Gesundheitsschutz älterer Arbeitnehmer .....	180
bb) Mindestaltersgrenzen bei der Einstellung .....	181
cc) Lebensaltersstufen in Vergütungssystemen .....	181
d) Mindestanforderungen an die Berufserfahrung .....	183
e) Mindestanforderungen an das Dienstalter/Betriebszugehörigkeit .....	184
5. Festsetzung eines Höchstalters für Einstellungen, § 10 S. 3 Nr. 3 AGG .....	185
a) Allgemeines .....	185
b) Höchstalter für die Einstellung .....	185
aa) Grundsätze .....	185
bb) Gesetzl. Regelungen .....	186
c) Höchstalter für den Berufsaufstieg .....	188
d) Sonstige Regelungen .....	188
6. Altersgrenzen bei betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit, § 10 S. 3 Nr. 4 AGG .....	188
a) Allgemeines .....	188
b) Geltungsbereich .....	189
c) Einzelheiten .....	190
aa) § 1 b BetrAVG .....	190
bb) § 2 Abs. 1 BetrAVG .....	191
cc) Höchstaltersgrenzen .....	192
dd) Regelungen zur Wartezeit .....	193
ee) Hinterbliebenenversorgung .....	193
d) Exkurs .....	195
aa) Geschlecht .....	195
bb) Teilzeit .....	196
cc) Hinterbliebenenversorgung .....	196
dd) Arbeiter/Angestellte .....	197
7. Beendigungsnormen wegen des Alters, § 10 S. 3 Nr. 5 AGG .....	198
a) Allgemeines .....	198
b) Zulässigkeit von Befristungsabreden wegen Erreichen des gesetzlichen Rentenalters .....	198
c) Zulässigkeit von anderen Altersbefristungen .....	200
d) § 41 SGB VI .....	202
e) Gesetzliche Regelungen .....	202
8. Sozialplanregelungen, § 10 S. 3 Nr. 6 AGG .....	203
a) Allgemeines .....	203
b) Begriffsbestimmungen .....	204
c) Zulässige Regelungen .....	204
d) Rechtsfolge .....	205

## Unterabschnitt 2. Organisationspflichten des Arbeitgebers

### § 11 Ausschreibung

1. Überblick .....	206
a) Systematische Einordnung und Normzweck .....	206
b) Unionsrechtliche Grundlagen .....	207

	Seite
c) Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	207
2. Inhalt .....	207
a) Normadressaten .....	207
b) Stellenausschreibung .....	210
c) Verstoß gegen § 7 AGG .....	211
aa) Diskriminierung wegen des Geschlechts .....	212
bb) Diskriminierung wegen des Alters .....	213
cc) Religion/Weltanschauung .....	214
dd) Ethnische Herkunft .....	214
3. Rechtsfolgen .....	215
a) Beweislastumkehr .....	215
aa) Zurechnung Dritter .....	215
bb) Rechtsmissbrauch: Ernsthaftigkeit d. Bewerbung .....	215
b) Individualarbeitsrecht .....	216
aa) Realakt .....	216
bb) Schadensersatzansprüche .....	216
c) Kollektives Arbeitsrecht .....	217
aa) Nichtigkeit von Kollektivvereinbarungen .....	217
bb) Unterlassungsanspruch des Betriebsrats nach § 17 Abs. 2 .....	217
cc) Zustimmungsverweigerungsrecht bei personellen Angelegenheiten .....	217
<b>§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers</b>	
1. Überblick .....	219
a) Normzweck .....	219
b) Umsetzung der unionsrechtlichen Vorgaben .....	220
2. Erforderliche Maßnahmen zum Schutz vor Benachteiligungen (Abs. 1) .....	220
a) Generalklausel .....	220
b) Erforderliche Maßnahmen .....	221
3. Präventive Maßnahmen (Abs. 2) .....	222
a) Hinweis- und Hinwirkungspflicht (Satz 1) .....	222
aa) Schulungen .....	222
bb) Ethikrichtlinien .....	222
cc) Sonstige organisatorische und präventive Maßnahmen .....	224
b) Erfüllung der Pflichten durch Schulung (Satz 2) .....	224
aa) Umfang der Vermutung .....	225
bb) Geeignetheit der Schulung .....	226
cc) Mitbestimmung .....	227
4. Repressive Maßnahmen gegenüber Beschäftigten (Abs. 3) .....	228
a) Verstoß eines Beschäftigten gegen das Benachteiligungsverbot .....	229
b) Adressat der einzelnen Maßnahmen .....	229
c) Einzelne Maßnahmen .....	230
aa) Abmahnung .....	230
bb) Umsetzung/Versetzung .....	231
cc) Kündigung .....	231
5. Repressive Maßnahmen gegenüber Dritten (Abs. 4) .....	233
a) Inhalt der Regelung .....	233
b) Einschränkungen .....	233
6. Pflicht zur Bekanntmachung (Abs. 5) .....	234

	Seite
a) Inhalt der Regelung .....	234
b) Rechtsfolgen unterbliebener Bekanntmachung .....	235

### Unterabschnitt 3. Rechte der Beschäftigten

#### § 13 Beschwerderecht

1. Überblick .....	237
a) Allgemeines .....	237
b) Europarechtliche Vorgaben .....	237
c) Norminhalt .....	237
2. Beschwerderecht (Abs. 1 S. 1) .....	238
a) Beschwerdegegenstand .....	238
b) Beschwerdegegner .....	238
c) Beschwerdebefugnis .....	238
d) Zuständige Stelle .....	239
e) Form und Frist .....	240
f) Beteiligung des Betriebsrats .....	240
3. Beschwerdeverfahren (Abs. 1 S. 2) .....	242
a) Ablauf des Beschwerdeverfahrens .....	242
b) Mitteilungspflicht .....	243
c) Rücknahme der Beschwerde .....	244
d) Rechtsfolgen .....	244
4. Geltung der Rechte der Arbeitnehmervertretungen (Abs. 2) .....	246
a) Inhalt .....	246
b) Rechte der Arbeitnehmervertretungen .....	246

#### § 14 Leistungsverweigerungsrecht

1. Überblick .....	247
a) Allgemeines .....	247
b) Unionsrechtliche Vorgaben .....	247
c) Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	247
d) Abdingbarkeit .....	247
2. Leistungsverweigerungsrecht (S. 1) .....	248
a) Allgemeines .....	248
b) Belästigung oder sexuelle Belästigung .....	248
c) Arbeitsplatz .....	249
d) Nichtvornahme von geeigneten Schutzmaßnahmen des Arbeitgebers .....	249
e) Geltendmachung .....	250
f) Erforderlichkeit der Arbeitseinstellung .....	250
g) Rechtsfolgen .....	251
h) Darlegungs- und Beweislast .....	252
3. Verhältnis zu § 273 BGB (S. 2) .....	252
a) Leistungsverweigerungsrecht nach § 273 BGB .....	252
b) Leistungsverweigerungsrecht nach § 275 Abs. 3 BGB .....	252

#### § 15 Entschädigung und Schadensersatz

1. Überblick .....	254
2. Gemeinsame Anspruchsvoraussetzungen der Abs. 1 und 2 .....	255
a) Anspruchsteller .....	255
b) Anspruchsgegner .....	255



	Seite
c) Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot .....	255
aa) Verstöße des Arbeitgebers .....	255
bb) Erfüllungsgehilfen .....	256
cc) Organisationspflichten .....	259
d) Kausalität .....	260
aa) „Motivbündel“ .....	261
bb) Scheinbewerber .....	261
3. Schadensersatz (Abs. 1) .....	262
a) Vertretenmüssen .....	262
aa) Unionsrecht .....	262
bb) Unionsrechtskonforme Auslegung .....	263
b) Umfang des Schadensersatzes .....	264
aa) Kündigung .....	264
bb) Einstellung .....	265
cc) Bestqualifizierter Bewerber .....	266
dd) Sonstige Fälle .....	271
4. Entschädigung (Abs. 2) .....	271
a) Regelungsgehalt .....	271
b) Kein Verschuldenserfordernis .....	271
c) Anspruchsvoraussetzungen .....	272
d) Bemessung der Entschädigung .....	274
aa) Bewerbungssituation und Höchstgrenzen .....	274
bb) Weitere Fälle .....	276
cc) Beispiele aus der Rechtsprechung .....	277
e) Prozessuales .....	278
5. Kollektivrechtliche Vereinbarungen (Abs. 3) .....	278
a) Regelungsgehalt .....	278
b) Unionsrechtswidrigkeit .....	278
c) Praxishinweis .....	279
6. Geltendmachung (Abs. 4) .....	279
a) Regelungsgehalt .....	279
b) Geltungsbereich .....	280
c) Frist .....	281
d) Form der Geltendmachung .....	282
e) Klagefrist .....	283
7. Sonstige Ansprüche (Abs. 5) .....	283
8. Kein Einstellungs- und Beförderungsanspruch (Abs. 6) .....	284
9. Regressansprüche des Arbeitgebers .....	285
10. Steuerrecht .....	287
<b>§ 16 Maßregelungsverbot</b>	
1. Überblick .....	289
a) Allgemeines .....	289
b) Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	289
c) Unionsrechtliche Vorgaben .....	289
d) Anwendungsbereich .....	290
2. Maßregelungsverbot (Abs. 1) .....	290
a) Geschützter Personenkreis .....	290
aa) Beschäftigte, Satz 1 .....	290
bb) Schutz von Unterstützern und Zeugen, Satz 2 .....	290

	Seite
b) Rechte nach diesem Abschnitt .....	291
c) Verweigerung der Ausführung einer Anweisung .....	292
d) Benachteiligung .....	293
e) Kausalzusammenhang .....	293
3. Rechtsfolgen .....	294
4. Zurückweisung oder Duldung benachteiligender Verhaltensweisen (Abs. 2) .....	295
a) Allgemeines .....	295
b) Begriffsbestimmungen .....	295
c) Geschützter Personenkreis .....	295
5. Beweislast (Abs. 3) .....	295

#### Unterabschnitt 4. Ergänzende Vorschriften

#### § 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten

1. Überblick .....	297
a) Normzweck .....	297
b) Unionsrechtliche Grundlagen .....	297
c) Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	297
2. Mitwirkungspflicht (Abs. 1) .....	298
3. Unterlassungs- und Beteiligungsanspruch (Abs. 2) .....	298
a) Allgemeines .....	298
b) Voraussetzungen .....	299
aa) Betriebsgröße und Antragsberechtigung .....	299
bb) Verstoß gegen Vorschriften aus dem Gesetz .....	299
cc) Grober Verstoß .....	299
dd) Voraussetzungen des § 23 Abs. 3 S. 1 BetrVG .....	300
ee) Verschulden .....	300
ff) Keine Geltendmachung von Individualansprüchen (§ 17 Abs. 2 S. 2) .....	300
c) Inhalt der Rechte nach § 17 Abs. 2 .....	301
4. Gerichtliche Durchsetzung .....	302
a) Verfahrensart .....	302
b) Antrag .....	302
c) Beweislast .....	302
d) Einstweiliger Rechtsschutz .....	302
e) Vollstreckungsverfahren .....	303

#### § 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen

1. Überblick .....	304
a) Systematische Einordnung und Normzweck .....	304
b) Unionsrechtliche Grundlagen .....	305
c) Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	305
2. Normadressaten (Abs. 1) .....	305
a) Tarifvertragsparteien (Nr. 1) .....	305
b) Vereinigungen, deren Mitglieder einer bestimmten Berufsgruppe angehören (Nr. 2, 1. Alt.) .....	306
c) Vereinigungen mit überragender Machtstellung (Nr. 2, 2. Alt.) .....	307
d) Die jeweiligen Zusammenschlüsse .....	308
3. Mitgliedschaft oder Mitwirkung .....	308

	Seite
4. Anspruch auf Mitgliedschaft oder Mitwirkung (Abs. 2) .....	309
5. Verfahren .....	310

**Abschnitt 3.**

**Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr**

§§ 19–21 (nicht abgedruckt) .....	312
-----------------------------------	-----

**Abschnitt 4. Rechtsschutz**

**§ 22 Beweislast**

1. Überblick .....	312
a) Regelungszweck .....	312
b) Unionsrecht .....	312
c) Beweislast und Beweismaß .....	314
d) Anwendungsbereich .....	315
2. Anspruchsteller .....	316
a) Allgemeines .....	316
b) Objektive Benachteiligung .....	316
c) Kausalität – Direkter Nachweis .....	317
d) Indizien .....	317
aa) Das „verpönte“ Merkmal als Indiz .....	319
bb) Stellenanzeigen und Ausschreibungen .....	319
cc) Bewerbungsverfahren .....	319
dd) Bewerbungsunterlagen .....	320
ee) Behinderung .....	320
ff) Statistiken .....	321
gg) „Testing“-Verfahren .....	323
hh) Auskunftsanspruch .....	323
ii) Ethnische Herkunft .....	323
e) Das Bestbewerberproblem .....	324
3. Anspruchsgegner .....	325
a) Widerlegung der Vermutung .....	325
b) Rechtfertigungsgründe .....	326

**§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände**

1. Überblick .....	328
2. Antidiskriminierungsverbände (Abs. 1) .....	328
a) Legaldefinition (S. 1) .....	328
b) Mindestgröße für besondere Befugnisse (S. 2) .....	330
3. Vertretungsbefugnisse (Abs. 2) .....	331
a) Beistandsrecht (S. 1) .....	331
b) Vorschriften der Verfahrensordnung (S. 2) .....	332
c) Kosten des Beistands .....	332
4. Rechtsberatung (Abs. 3) .....	332
5. Besondere Klagerechte und Vertretungsbefugnisse (Abs. 4) .....	333
6. Weitere Beteiligungsmöglichkeiten für Antidiskriminierungsverbände .....	334
a) Beteiligungsrechte nach dem UKlaG .....	334
b) Beteiligungsrechte nach dem UWG .....	334

## Abschnitt 5. Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse

<b>§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse</b>	
1. Überblick .....	336
2. Definition und Rechtsstellung der in Nr. 1 bis 3 genannten Beschäftigten .....	337
a) Beamtinnen und Beamte (Nr. 1) .....	337
b) Richterinnen und Richter (Nr. 2) .....	337
c) Zivildienstleistende und anerkannte Kriegsdienstverweigerer (Nr. 3) .....	337
d) Bewerberinnen/Bewerber und Personen mit beendetem Dienstverhältnis (§ 6 Abs. 1 Satz 2) .....	338
e) Berücksichtigung der besonderen Rechtsstellung .....	338
3. Anwendung der Vorschriften des AGG in entsprechender Weise .....	339
a) Generell un-/anwendbare Vorschriften .....	340
b) Allgemeiner Teil des AGG (§§ 1 bis 5) .....	340
c) Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung (§§ 7 bis 18) .....	340
aa) Benachteiligungsverbot (§ 7) .....	340
bb) Rechtfertigungsgründe (§§ 5, 8 bis 10) .....	340
cc) Organisationspflichten (§§ 11, 12) .....	345
dd) Beschwerderecht (§ 13) .....	345
ee) Leistungsverweigerungsrecht (§ 14) .....	345
ff) Entschädigung und Schadenersatz (§ 15) .....	346
gg) Maßregelungsverbot, soziale Verantwortung der Beteiligten, Mitgliedschaft in Vereinigungen (§§ 16, 17 und 18) .....	347
d) Beweislast (§ 22) .....	347
e) Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände (§ 23) .....	347

## Abschnitt 6. Antidiskriminierungsstelle

<b>§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes</b>	
1. Überblick .....	348
2. Errichtung einer Antidiskriminierungsstelle (Abs. 1) .....	349
3. Ausstattung der Antidiskriminierungsstelle (Abs. 2) .....	349
<b>§ 26 Rechtsstellung der Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes</b>	
1. Ernennungsvoraussetzungen (Abs. 1) .....	351
a) Ernennungsverfahren .....	351
b) Subjektive Ernennungsvoraussetzungen .....	352
c) Rechtsstellung der Leitung .....	352
2. Beginn und Ende des Amtsverhältnisses (Abs. 2 u. 3) .....	353
3. Regelung des Rechtsverhältnisses (Abs. 4) .....	354
4. Bestellung einer Bundesbeamtin oder eines Bundesbeamten (Abs. 5) .....	354
<b>§ 27 Aufgaben</b>	
1. Inanspruchnahme der Antidiskriminierungsstelle (Abs. 1) .....	355
2. Unterstützung von benachteiligten Personen (Abs. 2) .....	356

	Seite
a) Behandlung von Anrufungen .....	356
b) Aufgabenkollision (S. 3) .....	357
3. Weitere Aufgaben (Abs. 3) .....	357
4. Berichterstattung und gemeinsame Untersuchungen (Abs. 4) .....	358
5. Mehrfachdiskriminierungen (Abs. 5) .....	358
<b>§ 28 Befugnisse</b>	
1. Stellungnahmen (Abs. 1) .....	359
2. Auskunftsrecht (Abs. 2) .....	360
<b>§ 29 Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen</b>	
1. Überblick .....	361
2. Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und Einrichtungen .....	361
<b>§ 30 Beirat</b>	
1. Errichtung eines Beirats (Abs. 1) .....	363
2. Berufung der Beiratsmitglieder (Abs. 2) .....	364
3. Geschäftsordnung des Beirats (Abs. 3) .....	364
4. Ehrenamtliche Tätigkeit der Beiratsmitglieder (Abs. 4) .....	365
<b>Abschnitt 7. Schlussvorschriften</b>	
<b>§ 31 Unabdingbarkeit</b>	
1. Überblick .....	366
a) Allgemeines .....	366
b) Unionsrechtliche Vorgaben .....	366
c) Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	366
2. Unabdingbarkeit der gesetzlichen Vorschriften .....	366
a) Regelungsbereich .....	366
b) Geschützter Personenkreis .....	366
c) Abweichungen .....	366
d) Ausnahmen vom Abweichungsverbot .....	368
aa) § 15 Abs. 4 .....	368
bb) Günstigkeitsprinzip .....	368
3. Rechtsfolgen .....	369
4. Darlegungs- und Beweislast .....	369
<b>§ 32 Schlussbestimmungen</b>	
1. Überblick .....	370
a) Allgemeines .....	370
b) Unionsrechtliche Vorgaben .....	370
2. Ergänzende Anwendung allgemeiner Bestimmungen .....	370
a) Norminhalt .....	370
b) Anderweitige Regelungen .....	370
<b>§ 33 Übergangsbestimmungen</b>	
1. Überblick .....	372
2. Übergangsregelungen für Beschäftigungsverhältnisse (Abs. 1) .....	372
a) Norminhalt .....	372

# beck-shop.de

## Inhaltsübersicht

	Seite
b) Zeitpunkt der Benachteiligung .....	373
aa) Grundsatz: Zeitpunkt der Benachteiligungshandlung .....	373
bb) Dauerschuldverhältnisse .....	373
3. Übergangsregelungen für zivilrechtliche Schuldverhältnisse (Abs. 2 bis 4) .....	374
a) Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft (Abs. 2) .....	375
b) Benachteiligungen aus sonstigen Gründen des § 19 (Abs. 3) ....	377
c) Privatrechtliche Versicherungsverträge (Abs. 4) .....	377
Stichwortverzeichnis .....	379

Inhaltsübersicht

# beck-shop.de

XXII